

5. I. 1917

Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsziele.

Von Geheimrat Professor Dr. Julius Wolf.

Berlin, 2. Januar.

I.

Auf der am 11. und 12. Dezember 1916 in Budapest abgehaltenen Delegiertenkonferenz der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine sind Fragen der Handelspolitik, der Kanal- und Schifffahrtspolitik, der mit diesen beiden Themen eng verflochtenen Gütertarifpolitik und der Rechtsausgleichung verhandelt worden, durchwegs also Gegenstände von einschneidender Bedeutung für das Wirtschaftsleben der Donaumonarchie und Deutschlands. Sie wurden von den mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinen nicht ein erstes Mal vorgenommen. Die Vereine haben sich nie an Kundgebungen allgemeiner Art genügen lassen und haben überhaupt weniger durch Mittel der Stimmungsmache zu wirken gesucht, sie haben vielmehr Arbeit geleistet. In ruhiger, sachlicher, nüchternen Tätigkeit auf allen für die Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns in Betracht kommenden Feldern ist von ihnen eine heute fast schon unübersehbare Fülle von Anregungen ausgegangen worden. Lange bevor Raumanns prächtige Ausmalung „Mitteleuropa“ erschienen war, hat die mitteleuropäische Idee in den mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinen gelebt und Früchte getragen.

Einen mächtigen Anstoß hat die Arbeit der Vereine durch den Ausbruch des Weltkrieges empfangen, der mit dem Dahinfall des Frankfurter Friedens die Fessel sprengte, die dem handelspolitischen Selbstbestimmungsrecht Deutschlands und unmittelbar auch Österreich-Ungarns angelegt war. Seit Jahren schnitt sie Deutschland ins Fleisch. Erst der Bruch des Frankfurter Friedens gestattete Deutschland und Österreich-Ungarn, sich, wenn sie es wollten, gegenseitig eine zollpolitische Vorzugsstellung einzuräumen.

Zu Beginn des Krieges hatte allerdings der Vorschlag der Zollunion den Vorrang. Der Plan wurde alsbald zugunsten der Vorzugsbehandlung zurückgestellt. Als die Diskussion über die Vorzugsbehandlung sich vertiefte, zeigte sich freilich, daß auch ihr nicht beschieden war, die ursprünglichen Freunde unbedingt festzuhalten. In Deutschland fürchtete man, auf diesem Wege für ein Einseitigkeit das handelspolitische Erigendrecht auf dem Weltmarkt wegzugeben. Man operierte dabei mit der bekannten Formel, daß die Bevorzugung von rund 10 Prozent oder — nach dem Kriege bei wesentlich reduzierter Gesamtausfuhr — von vielleicht 15 Prozent der deutschen Exporte, die den Weg nach Österreich-Ungarn nehmen, Gefährdung der 90 — oder nach dem Kriege — der 85 Prozent, die in die übrige Welt gehen, bedeute, während Österreich-Ungarn, welches 40 Prozent seiner Ausfuhr nach Deutschland wirt, durch die Bevorzugung Deutschlands kaum auch nur 60 Prozent seiner Ausfuhr gefährde. Die Haltbarkeit dieser Beweisführung ist von hervorragenden österreichischen Sachkennern angefochten, ihre Werbekraft in Deutschland hatte sie darum aber nicht eingebüßt. Man meinte auch, nicht bloß die Feinde von heute, sondern auch die Neutralen, denen selbst im Falle des ekklatantesten Sieges nichts wird oktroyieren können, würden die gegenseitige Bevorzugung Deutschlands und Österreich-Ungarns nicht ruhig hinnehmen. Man fürchtete also den Eintritt in eine Ära der Zollkonflikte oder doch der zollpolitischen Spannung und eines harten Kampfes um die Maßbegünstigung. Das war die Stimmung noch im Oktober dieses Jahres. Seitdem war es der Idee des Vorzugszolls beschieden, neue Freunde zu gewinnen. Nicht ohne Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Proklamierung des Königreiches Polen. Denn es ist anders gar nicht möglich, als daß man Polen wirtschaftspolitisch in den Konzernen, in die Intimität der beiden Monarchien zu ziehen sucht.

II.

Die Ausfuhr Polens nach Deutschland und Österreich-Ungarn mögen gering sein und auch den Exporten aus Österreich-Ungarn und Deutschland dahin mag fürs erste keine sonderliche Steigerung in Aussicht stehen. Trotzdem wird es dem allgemeinen Gefühl nach kaum angängig sein, Polen gegenüber die Zollschranken für alle Waren in der vollen Höhe, wie sie für die fremden Staaten gelten, aufzurichten. Es wird dann aber weiter nicht angehen, daß Deutschland und Österreich-Ungarn sich gegenseitig anders behandeln als jenes ihr Kind. Die Idee des mitteleuropäischen Bundes gewinnt derart mit der Hereinziehung Polens in die deutsch-österreichisch-ungarische Interessengemeinschaft an Stärke und innerer Notwendigkeit, sie kann dann aber auch den Neutralen gegenüber die zureichende Begründung für eine Bevorzugung abgeben.

Anderer Staaten haben unter ähnlichen Verhältnissen ja nicht anders gehandelt. So gewähren und empfangen die Vereinigten Staaten nicht nur im Verhältnis zu Kuba und zu Brasilien die Bevorzugung, sie waren auch im Begriffe, sie dem mit ihnen keineswegs politisch verbündeten Kanada einzuräumen, ohne daß etwa in Deutschland oder in Österreich-Ungarn oder, so viel ich weiß, sonst auf der Welt jemand dagegen aufgestanden wäre. Was dem einen recht ist, wird dem andern billig sein. Und die Begründung, die Deutschland und Österreich-Ungarn der gleichen Forderung geben, ist nicht bloß der Hinweis auf geographische Nachbarschaft und Neigung, hier haben wir ein völlerrechtliches Verhältnis. In diesem Zusammenhang leistet aber auch die Ausrüstung Polens zum Königreich wertvolle Dienste. Denn daß sie im weiteren Verlauf der Dinge einen Staatenbund zwischen Deutschland, Österreich, Ungarn und Polen bedingt und es bei einem Bündnis, wie es von der Zeit Julius Andrassys des Älteren her bestand, kaum sein Bewenden haben wird, ist die Auffassung weitester Kreise. Und damit gewinnt es, wie gesagt, an Wahrscheinlichkeit, daß

das Prinzip der Vorzugsbehandlung in diesem Bereich durch alle Fährnisse hinweg zu retten sein, das heißt, daß es den Widerspruch der Neutralen nicht werden oder, wenn geweckt, über ihn hinwegzukommen sein wird.

Der Verkehr mit den bisherigen Feinden steht auf einem anderen Blatt. Hier hängt alles vom Ausmaß unseres Sieges und wohl auch von den Kompensationen ab, die sich unsere Feinde später aus dem Fell ihrer kleinen Verbündeten schneiden werden. Wie immer dem sei, wird aber auch hier schließlich nicht geleugnet werden können, daß ein Staatenbund, wie der in Mitteleuropa in Gründung befindliche, handelspolitisch sein besonderes Recht hat. Meinte der frühere Handelsminister Stibral, noch als er in der Stadt Mozarts residierte, „Österreich-Ungarn und Deutschland sind einander mehr wert, als beliebige dritte Staaten, die absolute Gleichstellung, wie sie bis zum Kriegsbeginn geübt worden ist, mutet uns heute als Anachronismus an.“ und führte er das dahin näher aus, daß Österreich-Ungarn und Deutschland „sich gegenseitig eine bevorzugte Zollbehandlung einräumen müssen, von der die fremden Staaten ausgeschlossen bleiben“, so ist damit der Empfindung weitester Kreise Ausdruck gegeben, daß das Verhältnis Deutschlands und Österreich-Ungarns, wie es sich im Laufe und nach den Erfahrungen des Krieges gestaltet hat, eine gegenseitige Behandlung auf dem Fuße dritter Staaten einfach nicht mehr zuläßt.

Für mich ist die Präferenz — immer in der Voraussetzung, daß sie die für beide Teile wertvollere Meistbegünstigung nach außen nicht gefährdet — freilich auch Mittel der Evolution oder — deutlicher — auch „Sprungbrett“ zu anderen Zielpunkten, deren Erreichbarkeit nicht sichergestellt ist, aber immer doch — dank wieder auch der neuerdings veränderten weltpolitischen Lage — in einem weiter hinausliegenden Zeitpunkt nicht als schlechterdings unmöglich gelten muß. Der Gedanke der Zollunion ist fürs erste dem entschiedenen Widerstreben der Ungarn im Verein begegnet. Die Österreicher streben geteilt. Aber auch in Ungarn ist meines Wissens jener Widerspruch kein allgemeiner. Auch waren und sind es mehr staats- und verwaltungsrechtliche als wirtschaftspolitische Gründe, aus denen er hervorging. Ich halte nicht für ausgeschlossen, daß eine staats- und verwaltungsrechtliche Konstruktion die Bedenken dieser Gattung zu beseitigen vermag. Jedenfalls wird von vielen der besten Männer zumal Österreichs der Gedanke des Zollvereins in dieser oder jener Gestalt immer neu aufgenommen. Es soll hier keineswegs Stimmung für ihn gemacht werden. Aber dafür, daß er keine bloße Fata Morgana ist und unter bestimmten Bedingungen (vgl. meine Broschüre: „Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverband“, Leipzig, bei Deichert) den Interessen auch Österreichs nicht ins Gesicht schlägt, mag der Name des handelspolitischen „Klassikers“ Alexander Pezz Zeugnis ablegen, der der österreichischen Industrie unvergeßliche Dienste geleistet hat. Wirtschaftspolitisch wird von den Freunden des alten Planes geltend gemacht, daß die Gestehungskosten, von den Schwerindustrien abgesehen und vielleicht selbst mit Einschluß dieser, in Österreich nicht höher sein müssen als in Deutschland. Es wird jetzt hinzugefügt, daß, insoweit sie höher sind, die Kriegsgewinne die Möglichkeit für Abschreibungen liefern, welche vielen der betroffenen Industrien auch bei weiterhin etwas niedrigeren Preisen mit Gewinn zu wirtschaften gestatten. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß auch in Deutschland Kriegsgewinne gebucht und Abschreibungen vorgenommen worden sind.

Daß fürs erste Österreich-Ungarn im Rückstande ist und dies besondere Rücksichten verlangt, wird übrigens von niemandem geleugnet. Wie sehr Österreich-Ungarn mit seinen Exporten gegen Deutschland zurückbleibt und daß es Menschen statt Waren ausführt, ist nur zu bekannt. Die Auswanderung ist eines der fatalsten Kapitel in Österreich-Ungarns Volks- und Sozialwirtschaft. Österreich-Ungarn führte 1912 aus nach sechs Staaten Süd- und Mittelamerikas, drei Staaten Ostasiens und vier autonomen englischen Kolonien Waren für 60 Millionen Mark, Deutschland exportierte dahin einen Wert von 1214 Millionen Mark, also reichlich das Zwanzigfache, dagegen hatte Österreich 1913 eine Auswanderung von 194.000, Ungarn 1912 eine solche von 121.000 Menschen, meist nach Amerika, Deutschland bei mehr als der doppelten Bevölkerung Österreichs und mehr als der dreifachen Ungarns 1914 eine solche von insgesamt 12.000. Das sind Verhältnisse, die den Krieg nicht überdauern dürfen.

Wenn je, muß Österreich-Ungarn heute für eine Zukunft die Zurüstungen treffen, die es — bei der Mannigfaltigkeit der Gaben, mit welchen die Natur es ausgestattet hat (man vergleiche unter andern die Wasserkräfte!) — zu einem Lande wenn nicht der unbegrenzten Möglichkeiten, so doch auf der Höhe der internationalen Konkurrenzfähigkeit macht. Diese geschichtliche Gelegenheit muß wahrgenommen werden selbst dann, wenn einzelne Interessen dadurch Schaden leiden, wie andere dadurch unverdient gewinnen. Keine Politik rächt sich so sehr wie die der verpaßten Gelegenheiten. Und die Aufgabe des Staatsmannes ist es, sich über den Widerstreit der einzelnen Interessen, die ihn umdrängen, hinweg den Blick aufs Ganze zu wahren. Hier gelten die schönen Worte, die Franz Klein vor etwas über Jahresfrist geprägt hat und die auch in Deutschland Widerhall fanden: „Von den Interessen des Volkes und Staates wesentlich abweichende Wirtschaftsziele kann es nicht geben. Es wäre unangebracht, die selbständigen, um die Gesamtinteressen unbelümmerten Wirtschaftsziele einzelner Gruppen von Privatwirtschaften gerade in dem Augenblick hervorzukehren, wo viele Tausende anderer Privatwirtschaften ihre Ziele in der Form von Opfern an Gut und Blut dem Staate hingeben müssen, und dies ohne Murren tun und ohne Gegenleistungen zu beanspruchen.“

(Ein weiterer Artikel folgt.)